



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Abgeordnete der
Bremischen Bürgerschaft
Am Markt 20
28195 Bremen

Auskunft erteilt

Burckhard Radtke

Telefon (0421) 361 **2629**

Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet

www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

3-07 Wi/ko

Bremen, 30. Mai 2016

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu den Entwürfen für die Haushalte 2016/2017 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft,

die kommenden Jahre werden in Bremen und Bremerhaven ganz wesentlich geprägt sein von zwei großen sozialen Herausforderungen. Zum einen geht es um die Entwicklung einer wirksamen Strategie gegen den hohen Anteil an von Armut bedrohten und betroffenen Menschen. Zum anderen steht Bremen vor der Aufgabe, Tausende Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Elend geflohen sind, in unsere Stadtgesellschaften zu integrieren.

Herausforderung Integration

Die Eingliederung der zu uns gekommenen Menschen erfordert außergewöhnliche Anstrengungen über Jahre hinaus. Der Gesamtpersonalrat begrüßt ausdrücklich, dass der Senat in dieser Situation bereit ist, von dem in der Sanierungsvereinbarung festgelegten Pfad zur Verringerung der Neuverschuldung abzuweichen und in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel für Personal, Sozialleistungen und zusätzliche investive und konsumtive Ausgaben bereitzustellen. Für den Gesamtpersonalrat steht außer Zweifel, dass die Situation ein Abweichen vom Sanierungspfad rechtfertigt. Es erscheint daher schlüssig, die mit der Zuwanderung zusammenhängenden zusätzlichen Ausgaben gesondert auszuweisen. Doch es geht um weit mehr als die Frage, ob wir uns in einer Ausnahmesituation befinden oder nicht. Eine ganz entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der vor uns liegenden Integrationsaufgabe ist, dass alle in Bremen lebenden Menschen auf einen funktionierenden Sozialstaat, auf hohe Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, auf zuverlässige öffentliche Unterstützung in schwierigen Situationen vertrauen können. Die Ansprüche unterschiedlicher Personengruppen auf sozialstaatliche Unterstützung sind nicht gegeneinander abzuwägen.

Bremen braucht mehr

Die vorliegenden Haushaltsentwürfe werden dieser umfassend verstandenen Integrationsaufgabe nicht gerecht. Bremen hat seine öffentlichen Dienstleistungen bereits in einem Ausmaß zurückgefahren, dass deren Funktionsfähigkeit vielfach in Frage stellt. Deshalb



reicht es nicht aus, nur zusätzliches Geld für zusätzliche Aufgaben in die Hand zu nehmen; es fehlt schon an der Basis. Bremen braucht mehr Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, um ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und Qualität sicherzustellen und so alle Bremerinnen und Bremer mitzunehmen.

Schlüssel: Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Aus Sicht des Gesamtpersonalrats bleibt es dringend geboten, die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auf eine solide Basis zu stellen. Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen sowie Besitzerinnen und Besitzer großer Vermögen müssen endlich in angemessenem Umfang besteuert werden. Der Senat ist gefordert, seinen bundespolitischen Einfluss wieder stärker in diesem Sinne geltend zu machen.

Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren immer weiter geöffnet. Einer wachsenden Zahl von Armen, deren Einkommen und Vermögen über Jahre hinweg real gesunken sind, steht ein kleiner Bevölkerungsanteil gegenüber, der immer größere Anteile des gesamtwirtschaftlichen Einkommens und Vermögens an sich zieht. In Bremen und Bremerhaven ist dies besonders ausgeprägt: Ein Viertel der Menschen sind von Armut bedroht oder betroffen, andererseits gibt es Schätzungen zufolge mehr als 10.000 Vermögensmillionäre.

Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat ein Niveau erreicht, das auch vom wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream zunehmend als schädlich angeprangert wird. So schätzt die OECD, dass durch ungenutzte Bildungspotenziale in den letzten 20 Jahren Wachstumsausfälle von rund 6 % des Bruttoinlandsprodukts aufgelaufen sind. Ein weiterer problematischer Aspekt sind die großen Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Stabilität, die sich aus der Kombination von Vermögenskonzentration und weitgehend deregulierten Finanzmärkten ergeben.

Personalabbau beenden

Die Zuspitzung der Flüchtlingssituation ab dem Spätsommer 2015 hat einmal mehr verdeutlicht, dass der seit Jahrzehnten betriebene Personalabbau im bremischen öffentlichen Dienst weit überzogen ist und dringend beendet werden muss. Alle Bereiche des bremischen öffentlichen Dienstes sind in ihren Kapazitäten ständig voll bzw. sogar überausgelastet. Zusätzliche Anforderungen führen dann sofort zur Überforderung und können nur noch durch zusätzliches Engagement der meist ohnehin schon hoch belasteten Kolleginnen und Kollegen oder durch die Einschränkung der Dienstleistungsqualität bewältigt werden.

Bessere Alternativen zu Sofortprogrammen

Der Senat hat im September 2015 ein drittes Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beschlossen, mit dem neben konsumtiven und investiven Mitteln in erheblichem Umfang zusätzliche Stellen für die am stärksten mit zusätzlichen Belastungen konfrontierten Bereiche bereitgestellt wurden. Insgesamt geht das mit den drei Sofortprogrammen geschaffene Stellenvolumen nicht wesentlich über das hinaus, was angesichts des starken Bevölkerungszuwachses des letzten Jahres rechnerisch an zusätzlichem Personal im öffentlichen Dienst erforderlich ist. Der Gesamtpersonalrat geht deshalb davon aus, dass das zusätzliche Stellenvolumen auch auf längere Sicht noch erforderlich sein wird.

Der Gesamtpersonalrat hat die Sofortprogramme des Senats begrüßt und unterstützt. Auf Grund des Volumens des Programms waren für die Umsetzung des Programms mehrere Monate erforderlich. Allein für die im Bereich der allgemeinen Verwaltung zu besetzenden Stellen waren 4.500 Bewerbungen zu sichten und 500 Bewerbungsgespräche zu führen. Das zuständige Referat 33 war über mehrere Monate hinweg in hohem Maße durch die Umsetzung des Sofortprogramms beansprucht. Auch beim Senator für Inneres und beim Stadtamt, bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und beim Amt für Soziale Dienste sowie beim Gesamtpersonalrat und bei einigen örtlichen Personalräten wurden erhebliche Kapazitäten gebunden. Es mag irritieren und unbefriedigend erscheinen, dass einige der mit

dem Sofortprogramm geschaffenen Stellen noch immer nicht besetzt sind oder gerade erst besetzt werden, wirklich verwundern kann dies angesichts der Menge aber nicht.

Mit dem in einigen Bereichen sehr erheblichen Aufgaben- und Stellenzuwachs ergeben sich zudem neue organisatorische Probleme, z.B. Umzugsnotwendigkeiten, die teils parallel, teils im Anschluss zu lösen sind.

Der Gesamtpersonalrat rät daher dringend dazu, aus diesen Erfahrungen Lehren zu ziehen. Die bessere Alternative zu „Sofortprogrammen“ ist ein öffentlicher Dienst, der auf Dauer so mit Personal ausgestattet ist, dass er flexibel auf neue Anforderungen und kritische Situationen reagieren kann.

Pauschale Personalabbauquoten abwegig

Aus Sicht des Gesamtpersonalrats ist es daher gänzlich abwegig, dass mit den vorliegenden Haushaltsentwürfen pauschale Personalabbauquoten erneut fortgeschrieben werden sollen. Noch bevor das dritte Sofortprogramm vollständig umgesetzt ist, noch bevor Sicherheit darüber besteht, ob damit allen zusätzlichen Bedarfen Rechnung getragen werden kann, werden die Dienststellen und Ressorts verpflichtet, einen Großteil der neu geschaffenen Stellen wieder abzubauen. Das ist absurd.

Die langjährigen pauschalen Personalkürzungen haben in einigen Dienststellen, wie etwa dem Stadttamt, dazu geführt, dass ständig in großem Umfang zusätzliches Personal benötigt wird, um die Regelaufgaben zu bewältigen. Dies wird zwar zentral bereitgestellt; für diese Beschäftigten gibt es aber keine klare Perspektive in den Dienststellen. Dadurch entsteht eine hohe Fluktuation, und eine zielgerichtete Personalentwicklung wird unmöglich.

Auch die Ausbildung von Nachwuchskräften leidet unter dem ständigen Kürzungsdruck. Die Freie Hansestadt Bremen hat mit Blick auf die zu erwartenden Altersabgänge ihre Ausbildung erheblich ausgebaut. Diese Bemühungen stoßen jedoch immer stärker an Grenzen, weil die Arbeitssituation in den Dienststellen kaum noch Raum für systematische Ausbildung lässt. Die Ausbilderinnen und Ausbilder benötigen Zeit, Anerkennung und Entlastung in den Dienststellen und Fortbildungen, um eine gute Ausbildung sicherstellen zu können.

Bedingungen im öffentlichen Dienst verbessern

Statt sich erneut auf den Irrweg des Personalabbaus zu begeben, sollte Bremen die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachhaltig verbessern. Die hohe Einsatzbereitschaft, mit der die Kolleginnen und Kollegen den Herausforderungen begegnet sind, hat ein zentrales Ergebnis der Untersuchung „Der öffentliche Dienst im Umbruch“ unterstrichen: Die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes fühlen sich ihren jeweiligen Aufgaben sehr verbunden. Zugleich sind sie aber unzufrieden mit den Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre Arbeit erledigen müssen. Kritikpunkte waren dabei die hohe Arbeitsbelastung, verbesserungsbedürftiges Führungsverhalten, sehr deutlich aber auch der Mangel an Wertschätzung seitens der Politik und, als ein Ausdruck dessen, die Einkommensbedingungen.

Beförderungen

Mit der Verschiebung der zum 1. Januar 2016 anstehenden Beförderungen hat der Senat den Eindruck noch einmal verfestigt, ihm liege nicht viel an seinen Beschäftigten, und die Koalitionsfraktionen haben in der Bremischen Bürgerschaft die Gelegenheit verstreichen lassen, dies zu korrigieren. Für vergleichsweise geringe Minderausgaben haben sie in Kauf genommen, die Beamtinnen und Beamten erneut vor den Kopf zu stoßen.

Die Position, ohne einen beschlossenen Haushalt fehle eine sichere rechtliche Grundlage für Beförderungen, ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats wenig stichhaltig. Völlig inakzeptabel ist es aber, diese Auffassung zu vertreten und gleichzeitig an einem einheitlichen Beförderungstermin festzuhalten, der regelmäßig alle vier Jahre in eine haushaltslose Zeit fällt. Der Gesamtpersonalrat hält es deshalb für angebracht, den einheitlichen Beförderungstermin fallenzulassen.

Tarif- und Besoldungserhöhungen

Die Bremische Bürgerschaft sollte die Haushaltsaufstellung als Gelegenheit nutzen, das Bild, das die öffentlich Bediensteten von ihrer Arbeitgeberin haben, zu verbessern. Dazu wäre es unerlässlich, realistische Anschläge für Mehrausgaben auf Grund von Tarif- und Besoldungserhöhungen zu bilden. Die dafür jetzt vorgesehenen 1,5 % können allenfalls als tarifpolitische Kampfansage verstanden werden, für die der Haushaltsplan keinen geeigneten Rahmen bietet. Der Gesamtpersonalrat erwartet, dass die Bremische Bürgerschaft zukünftig Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf Besoldung und Versorgung überträgt und dafür im Haushalt bereits jetzt die entsprechenden Voraussetzungen schafft.

Angebracht wäre es zudem, den Rückstand der bremischen Besoldung gegenüber dem Bund und anderen Ländern endlich wieder abzubauen. Es wird immer deutlicher, dass Bremen sich hinsichtlich der Gewinnung qualifizierten Personals in eine schwierige Position manövriert hat. Vorsorge sollte auch für einige Verbesserungen im Tarifbereich getroffen werden. So arbeiten im Jobcenter bremische Beschäftigte, die nach TV-L bezahlt werden zusammen mit Beschäftigten der BA, für die ein anderer Tarifvertrag gilt. Bereits in der Koalitionsvereinbarung haben die Koalitionsparteien zugesagt, diesem unhaltbaren Zustand abzuhelpfen.

Abschließend äußern wir noch einen Wunsch. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes setzen die Vorgaben des Gesetzgebers Bremische Bürgerschaft (und des Bundestags) um. Die Befragung der Beschäftigten im Rahmen der oben bereits angesprochenen Untersuchung „Der öffentliche Dienst im Umbruch“ hat viele interessante Ergebnisse gezeigt. Sie gibt unter anderem Aufschluss über ihre Bewertung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitgeberin Freie Hansestadt Bremen, des öffentlichen Dienstes und der Veränderungen im staatlichen Bereich. Es wäre schön, wenn sich auch das Parlament mit diesen Ergebnissen befassen würde, zumal viele der Themen auch direkt die Abgeordneten betreffen.

Der Gesamtpersonalrat bedankt sich für das Gehör und die konstruktiven Diskussionen im Rahmen des Haushalts- und Finanzausschusses. Wir hoffen, dass wir Verständnis schaffen konnten für die Situation der Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst und ihre Aufgabenwahrnehmung und wünschen uns, auch zukünftig in einem regen Dialog zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen



Burckhard Radtke
stellv. Vorsitzender